
Freie Demokraten Limburg

FDP UNTERSTÜTZT BÜRGERBEGEHREN GEGEN PARKFREIEN NEUMARKT

29.06.2017

FDP UNTERSTÜTZT BÜRGERBEGEHREN GEGEN PARKFREIEN NEUMARKT

Die Limburger FDP und die FDP-Fraktion begrüßen das vom Limburger City Ring und dem Limburger Altstadt Kreis sowie der radiologischen Praxis am Neumarkt initiierte Bürgerbegehren gegen einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 19.06.2017 zur Parkfreiheit des Neumarkts. Die FDP-Fraktion hatte gegen diesen Beschluss gestimmt. „Wir sind aufgrund täglicher Rückmeldungen fest davon überzeugt, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Limburg dagegen ist, ohne die Alternative einer Tiefgarage die Parkmöglichkeiten auf dem Neumarkt abzuschaffen“, sagten die FDP-Fraktionsvorsitzende Marion Schardt-Sauer und der Vorsitzende des FDP-Stadtverbandes Klaus Valeske. Deshalb hoffe die FDP auf die notwendigen Unterschriften beim Bürgerbegehren, um einen anschließenden Bürgerentscheid gegen den Beschluss eines parkfreien Neumarktes möglich zu machen. Zugleich kündigten die Freien Demokraten an, dass sie das Bürgerbegehren aktiv unterstützen werden.



Der Neumarkt sei die attraktivste Parkfläche in Limburg. „Gerade ältere Menschen sind darauf angewiesen, auf dem Neumarkt zu parken, wenn sie hier beispielsweise die Augenklinik oder einen Facharzt aufsuchen müssen“, sagte Klaus Valeske. „Die allermeisten Menschen wollen darüberhinaus in den Städten zentrumsnah parken, wenn sie flanieren oder einkaufen wollen“, ergänzte Schardt-Sauer. Das gelte für ein Zentrum im ländlichen Raum wie Limburg in besonderer Weise, da viele Einpendler aus dem hessischen und rheinland-pfälzischen Umland ohne Auto auch kaum nach Limburg kommen könnten. **„Ein parkfreier Neumarkt schadet deshalb massiv dem traditionellen Handelsstandort Limburg und wird den Online-Handel zu Lasten des Limburger Einzelhandels weiter stärken“**, zeigte sich die FDP-Kommunalpolitikerin überzeugt. Deshalb sei es richtig, wenn jetzt die **Bürgerinnen und Bürger selbst das Heft des Handelns in die Hand nehmen** könnten. Sie könnten mit ihrer **Unterschrift beim Bürgerbegehren** den Weg für einen **Bürgerentscheid** frei machen und damit die Notbremse ziehen. „Noch ist es nicht zu spät“, machten Marion Schardt-Sauer und Klaus Valeske übereinstimmend deutlich. (HGH)